

Markus Kurth

- (A) Wir wollen vielmehr einen gestaffelten, einen progressiven Stromtarif. Wir diskutieren das. Wir sind der Ansicht, dass das auf jeden Fall in die Überlegungen der Bundesregierung einbezogen werden muss. Wir brauchen Tarifmodelle, wie sie von den Verbraucher- und Umweltverbänden zur Diskussion gestellt werden: Tarifmodelle ohne Grundgebühren, mit vergünstigten Grundkontingenten und einem progressiven Tarifverlauf. Es kann nicht sein, dass Mehrverbrauch mit einem niedrigeren Preis belohnt wird, während diejenigen, die geringe Verbräuche haben, hohe Grundkosten zahlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren diesen Tarif. Ich würde mir wünschen, dass auch die SPD da weiterkäme. Aber sie tut es nicht. Herr Kelber – hören Sie einmal zu! Sie sind gleich dran! Dann können Sie diesen Widerspruch vielleicht erläutern! –, Sie haben in der SPD-Arbeitsgruppe Energie noch am 24. Januar 2008 ganz dicke Backen gemacht und vollmundig gesagt: Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Energieindustrie in Verhandlungen über die Einführung eines Sozialtarifs zu treten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Sozialeffizienz-tarif! Das ist ein Unterschied!)

– Das habe ich hier schwarz auf weiß.

- (B) Im letzten September gab es einen Zwischenbericht der Energiearbeitsgruppe der SPD. In dem heißt es: Wir verzichten jedoch auf sogenannte Sozialtarife für Energie. Wir schlagen daher vor, Geringverdiener durch das Vorziehen der Wohngeldnovelle zusätzlich zu entlasten. – Die dicken Backen sind also zusammengefallen wie nichts.

Gehen Sie mit uns einen Weg der Energieeinsparung, der soziale Postulate und ökologische Postulate effektiv miteinander verbindet, um das absehbar drohende Problem energiepreisbedingter Armut anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

Von nahezu allen bisherigen Rednern in dieser Debatte angekündigt, hat nun tatsächlich der Kollege Kelber für die SPD-Fraktion das Wort.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Dazu muss ich aber sagen: Ich habe dafür nichts bezahlt.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das wird so behauptet!)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die in den letzten Wochen und Monaten gesunkenen **Ölpreise** verschaffen den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Atempause, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Einige nutzen diese Atempause. Die Bestellungen von Heizöl sind in den letzten Wochen massiv gestiegen. Es gibt schon fast Lieferengpässe. Manche

(C) sind so schlau, sich die Preise garantieren zu lassen. Andere merken, dass es nur für einige und nur für einige Zeit eine Atempause ist. Noch haben die Nutzerinnen und Nutzer von Gas keinen Vorteil. Auch bei den Strompreisen hat es keine Erholung gegeben. Das sind zwei Punkte, wo Politik klar sagen muss: Wer **Gaspreise** unter Bezug auf die Kopplung an den Ölpreis auf den Weltmärkten erhöht, der muss sie jetzt auch senken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Im November stehen die Entscheidungen für die Phase ab Januar an. Im November müssen die Stadtwerke und die Regionalversorger der Großen die Entscheidung treffen, dass zum 1. Januar, noch mitten in der Heizperiode, die Preise für Erdgas in Deutschland in dem Maß sinken, wie das die Ölnotierungen auf den Märkten ergeben.

Auch beim Strom gilt: Wer Strompreise unter Verweis auf Öl-, Gas- und Kohlepreise erhöht, muss sie in dem Augenblick, in dem Öl, Gas und Kohle auf den Weltmärkten billiger werden, ebenfalls senken. Es kann nicht immer nur in eine Richtung gehen. Ich hoffe, dass das Kartellamt und die Bundesnetzagentur auch auf diesen Bereich schauen, um festzustellen, ob es hier Machtmissbrauch gibt.

(D) Eine Atempause zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie zu Ende geht. Das heißt, dass jetzt die Phase ist, **Vorsorge** für den Fall zu treffen, dass die Preise wieder anziehen. Wir haben es beim Öl nach wie vor mit einem Verkäufermarkt zu tun. Es sind wenige Regionen. Das Gleiche gilt beim Gas. Wir haben einen nach wie vor steigenden Verbrauch bei sinkenden Ressourcen und sinkenden Fördermöglichkeiten. Das heißt, die Preise werden wieder steigen. Deswegen muss die Atempause genutzt werden, um jetzt vorzusorgen.

Es gibt drei Schritte:

Erstens mehr Effizienz, das heißt weniger verbrauchen. Einsparen und Energieproduktivität erhöhen sind die Möglichkeiten.

Zweitens umstellen auf preisstabile erneuerbare Energien, um als Land, aber auch als einzelne Verbraucherin bzw. einzelner Verbraucher ein Stückchen Energieautonomie zurückzugewinnen.

Drittens. Wir werden soziale Härten dieses Prozesses abfedern müssen.

Was nicht funktioniert – das sage ich sowohl in Richtung der linken Seite im Plenum, zur Linkspartei, als auch in Richtung der rechten Seite im Plenum, zur FDP –, sind die verschiedenen Vorschläge, gegen steigende Weltmarktpreise anzuschubventionieren. Ich meine sowohl direkte Überweisungen en masse als auch das Versprechen, beliebige Steuern und Abgaben zu senken, wobei gleichzeitig behauptet wird, dass man den Haushalt konsolidieren will. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Es sind unrealistische populistische Versprechungen, die nicht funktionieren können. Es ist nicht möglich, gegen Weltmarktpreise national anzuschubventionieren.

Ulrich Kelber

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zum ersten Punkt: **Erhöhung der Effizienz**. Schauen wir uns eine Familie an – zwei Erwachsene, zwei Kinder –, die in einem Einfamilienhaus wohnt. – Man könnte die gleiche Berechnung für eine Familie anstellen, die in einer Etagenwohnung lebt. – Diese Familie zahlt heute in etwa 3 500 Euro an Energiekosten im Jahr. Dass die Menschen Angst haben, wenn die Grundpreise jeder dieser Energieeinheiten, die sie verbrauchen, weiter steigen, kann man sich gut vorstellen. 300 Euro netto pro Monat ist eine Menge Geld und muss erst einmal aufgebracht werden. Mit den vorhandenen wirtschaftlichen Technologien kann die Familie ihre Energiekosten auf 350 Euro im Jahr, auf ein Zehntel, reduzieren.

Jetzt ist die entscheidende Frage: Wie geht das? Dazu sind **Investitionen** notwendig. Wir sollten einmal über Investitionen und nicht immer nur über – angebliche – Kosten sprechen. Sich lohnende Investitionen sind keine Kosten, sondern sind ein Gewinn.

Deswegen wird Politik sagen müssen: Im Kampf gegen steigende Energiepreise werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in diesem Land investieren müssen. Es lohnt sich. Denen, die diese Investition nicht aus eigener Kraft bewältigen können, müssen wir ganz besonders helfen. Wir brauchen noch gezielter ausgerichtete Förderprogramme als in der Vergangenheit. Dies ist nicht nur für die Menschen gut, die mit dieser Investition ihre laufenden Kosten senken und sich gegen künftig steigende Kosten absichern können – Investitionen sind eine Lebensversicherung gegen steigende Energiepreise, seien es Weltmarktpreise oder überzogene Renditen von Monopolisten oder Oligopolisten im eigenen Land –, sondern auch für das eigene Land, weil jeder Euro, der nicht für einen Energieträger, sondern für einen Handwerker, der ein Haus dämmt, oder für ein neu hergestelltes Gerät, das weniger Energie braucht, ausgegeben wird, sehr viel mehr neue Jobs als der Import von Energieträgern schafft.

(B)

Diese Investitionen sind auch die beste Rückgabe der Einnahmen aus den Emissionszertifikaten. Es ist falsch, über eine direkte Rückgabe oder einen Ökobonus das Geld zu verjubeln. Wenn man den Menschen hilft, die richtigen Investitionen zu tätigen, werden sie ab dem zweiten oder dritten Jahr Kumulationsgewinne, Zinseszinsseffekte aus den Investitionen erzielen. Den Bürgerinnen und Bürgern Investitionen in Energieeffizienz zu ermöglichen, ist die beste Rückgabe. Damit wird auch den Unternehmen geholfen, weil sie mit den besten Produkten und effizientesten Produktionsprozessen auf den Weltmarkt gehen können. Wir sollten den Schwerpunkt auf die Investitionen legen; das ist gut für das Land und gut für die Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne ein paar Beispiele dafür. Bei den Wohnungen können wir viel erreichen. Die Förderung ist bereits massiv ausgebaut und muss weiter steigen. Ich halte es

für sehr wichtig, dass beide Koalitionsfraktionen das klare politische Signal in ihre energiepolitischen Papiere aufgenommen haben, dass wir das **Wohnraumsanierungsprogramm** durchfinanzieren. Jede Maßnahme, die 2008 und 2009 beantragt wird, wird bezuschusst werden. Beide, CDU/CSU und SPD, wollen dieses Programm bis 2015 mindestens auf dieser Höhe fortsetzen. Das ist ein klares Signal an den Markt: zum Ersten an die Verbraucherinnen und Verbraucher, ihre Wohnungen zu sanieren, zum Zweiten an die Hersteller der entsprechenden Materialien, in neue Fertigungsanlagen zu investieren, damit mehr und preisgünstigere Materialien vorhanden sind, und zum Dritten an das Handwerk, Mitarbeiter und Auszubildende einzustellen, damit diese wichtigen Maßnahmen von noch mehr Menschen umgesetzt werden können.

(C)

Mit **Contracting** werden wir dafür sorgen, dass auch die kleinen Vermieterinnen und Vermieter, die heute den hohen Aufwand scheuen, die Möglichkeit haben, sich daran zu beteiligen. Sie werden dann Dritte beauftragen können, die Maßnahmen für sie durchzuführen.

Natürlich müssen wir auch über **Vorschriften** sprechen. Es ist richtig, dass wir die Energieeinsparverordnung für Neubauten verschärfen. Aus meiner Sicht sollten wir 2020 bereits beim Passivhausstandard angekommen sein. Ferner sollten wir in Ruhe noch einmal darüber sprechen, ob wir zusätzlich zu den bestehenden Programmen auch beim Altbaubestand einfordern, dass bestimmte Dinge zum Schutz der Mieterinnen und Mieter passieren, die nicht der Entscheidung des Vermieters ausgeliefert bleiben dürfen, ob er ihnen hilft oder nicht.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Kurt Hill [DIE LINKE])

Wir können bei den **Geräten** vorangehen. Ich bin ein Anhänger des Top-Runner-Prinzips. Wir haben es noch als rot-grüne Koalition im Juli 2005 beschlossen, und es steht im Koalitionsvertrag. In Brüssel fällt im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie der Europäischen Union die Entscheidung, ob wir zumindest Elemente des Top-Runner-Prinzips dort hineinbekommen. Ich weiß, dass im Moment die Möglichkeit besteht, zumindest wichtige Elemente in dieser Richtlinie zu verankern: erstens eine klare Kennzeichnung, die auf den ersten Blick erkennen lässt, ob ein Gerät im Betrieb teurer als ein besseres Gerät ist, und zweitens eine dynamische Verbesserung der Standards, etwa einen Standard A++, damit niemand, der ein Gerät mit dem Standard A kauft, mehr elektronischen Schrott bekommt. Auch sollten wir uns überlegen, was wir auf der nationalen Ebene tun können. Wir können kein Top-Runner-Programm eins zu eins umsetzen; dies tangierte den EU-Binnenmarkt. Aber wir könnten den Blauen Engel auf den Bereich Energieeffizienz ausweiten; ihn bekämen nur die 10 Prozent energieeffizientesten Geräte einer Kategorie. Dann sähen die Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland auf einen Blick, ob das Gerät eines der besten ist oder ob es bessere gibt, nach denen sie sich noch umschauen müssen. So muss man den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Ge-

Ulrich Kelber

- (A) schäft helfen, damit sie energieeffiziente Geräte kaufen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In der Tat müssen manche Menschen, wenn sie ein Gerät ersetzen oder ein neues beschaffen müssen, sehr auf den Geldbeutel achten. Für sie besteht im Augenblick des Kaufs eine **Investitionshürde**, die dazu führt, dass sie das billigere Gerät selbst dann kaufen, wenn es nach drei Jahren aufgrund des höheren Stromverbrauchs im Betrieb teurer ist. Über diese Hürde müssen wir uns unterhalten. Niemand sollte das Copyright auf einen bestimmten Vorschlag haben. Ich gehöre zu denjenigen, die befürchten, dass ein reiner Zuschuss etwa über einen Klimaschutz zur Verteuerung dieser Geräte in den Geschäften um genau diesen Zuschussbetrag führen wird. Aber ich lasse mich gern vom Gegenteil überzeugen.

Eine Alternative sind zinslose Minikredite oder ein zinsloses Mini-Contracting. Damit wird Geld für die Anschaffung des besseren Gerätes gegeben, das dann aufgrund der eingesparten Stromentgelte zurückgezahlt werden kann. Der Geldbeutel wird also nicht belastet. Das würde helfen. Es würde die erreichen, die diese Hilfe dringend benötigen. Darüber hinaus würde es Mitnahmeeffekte und eine Verteuerung der Geräte in den Geschäften verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die **intelligenten Stromzähler** – wir haben dafür gesorgt, dass ab 2010 bei einem neuen Stromzähler ein Rechtsanspruch besteht – hoffe ich, dass viele der Wettbewerber im Strommarkt dafür sorgen werden, dass diese schneller auf den Markt kommen.

- (B)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Kelber, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Reinke?

**Ulrich Kelber (SPD):**

Ja, selbstverständlich.

**Elke Reinke (DIE LINKE):**

Vielleicht ist Ihnen ja der Regelsatz für Energie für Hartz-IV-Beziehende bekannt. Es sind 26,24 Euro; aber darin sind auch Instandhaltung und Wohnen enthalten, nicht nur die Energiekosten. Ich denke, die Energiekosten, die entstehen, sind weit mehr als doppelt so hoch. Ich habe jetzt einen Lösungsvorschlag von den Sozialdemokraten erwartet. Uns wurde vorgeworfen, wir würden uns um die Hartz-IV-Beziehenden kümmern. Leider müssen wir uns auch um diese kümmern; denn Sie tun es nicht. Ich erwarte jetzt wirklich einen Vorschlag von Ihnen, wie wir den Menschen helfen können. Das ist nur über den **Sozialtarif** möglich. Energieeffizienz und Kennzeichnungen an Kühlschränken, von denen Sie sprechen, sind gut und schön; aber diese Menschen haben im Regelsatz gerade einmal 1,40 Euro für die Ansparung einer neuen Waschmaschine. Das heißt, sie brauchen neun Jahre für die Ansparung. Ich warte auf Vorschläge, mit denen den Menschen schnell geholfen werden kann, damit sie nicht vom Zugang zu Energie

ausgeschlossen werden und nicht im Dunkeln sitzen müssen. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Sie wissen nicht einmal, wie es funktioniert! Das ist unglaublich!)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Wenn Sie den dritten Teil meiner Rede abgewartet hätten, hätten Sie die Antwort bekommen. Meine Rede ist in drei Teile gegliedert: mehr Effizienz, erneuerbare Energien und die **Abfederung sozialer Härten**. Aber ich ziehe den dritten Punkt für Sie gerne vor.

(Elke Reinke [DIE LINKE]: Vielen Dank!)

Dazu zwei Punkte. Erstens. Zum einen muss genau betrachtet werden, wie jemand eine bestimmte Investition tätigen kann. Dass man sich mit den bisherigen Regelsätzen für die Ansparung, vor allem, wenn man das Pech hat, dass ein Gerät zu Beginn der Ansparungszeit kaputtgeht, kein energieeffizientes Haushaltsgerät leisten kann, ist offensichtlich. Deswegen muss auf der Grundlage des Existenzminimumsberichts ganz genau geklärt werden: Wie hoch ist die Kilowattstundenzahl eines ALG-II-Empfänger-Haushalts, und wie groß muss bei den heutigen Marktpreisen dafür der Anteil in der Pauschale sein? Ich glaube, er wird deutlich höher als heute liegen. Zum anderen müssen wir uns darüber unterhalten, wie solche Investitionen getätigt werden können. Müssen wir Einmalleistungen einführen, oder ist so etwas wie ein **zinsloses Mini-Contracting** sinnvoll, wobei zum Beispiel die Stadtwerke das Gerät stellen und eine Verrechnung über die Einsparungen im Laufe der zehn oder zwölf Jahre, die das Gerät benötigt wird, erfolgt? Auch das könnte funktionieren. Ich glaube, es ist besser, sich darüber zu unterhalten, als das Geld sofort zu verteilen, nicht wissend, was damit eigentlich passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt. Sie können diesen Haushalten auch – ich bin Ihnen, Herr Hill, sehr dankbar, dass Sie das vorhin angesprochen haben – mit einer gezielten **Energieberatung** helfen. Das haben wir übrigens in meiner Heimatstadt Bonn in den Stadtwerken auf meinen Antrag hin getan. Die örtliche Linkspartei hat dies abgelehnt mit der Begründung, es sei eine Verhöhnung der Menschen, wenn wir ihnen eine kostenlose Energieberatung mit einem Energiestarterpaket anböten. Ich glaube, wir sollten da den Populismus und die Hetze ablegen. Denn diese Menschen und alle Menschen in diesem Land brauchen mehrere Ansätze, um mit den Energiepreisen klarzukommen. Es darf nicht der Einzelne diskreditiert werden, nur weil es gerade in die parteipolitische Linie passt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Elke Reinke [DIE LINKE]: Weil sie sich das sowieso nicht leisten können! Das ist richtig!)

Der zweite Bereich, mit dem ich mich in meiner Rede befassen will, sind die **erneuerbaren Energien**. Sie sind

(D)

**Ulrich Kelber**

- (A) preisstabiler – ich lasse jetzt bei den Bioenergien bestimmte Dinge außen vor –, und sie werden im Verhältnis bereits jetzt jedes Jahr preisgünstiger. Zu bestimmten Zeiten stabilisieren sie bereits die Märkte an der Börse.

Vielleicht ein kleiner Einschub, Frau Kopp von der FDP; denn Sie haben davon gesprochen, dass die Scheuklappen abgelegt werden müssten, und Sie haben den Begriff „**Stromlücke**“ verwendet. Ich gestehe dem Begriff „Stromlücke“ zu, dass er PR-technisch hervorragend ausgedacht ist. Aber ich nenne Ihnen jetzt sieben Studien zu diesem Thema und bitte Sie, eine davon zu lesen. Das sind zunächst die drei Studien aus dem Energiegipfel bei Angela Merkel. Sie tragen die Unterschrift von Angela Merkel, Michael Glos und Sigmar Gabriel. Alle drei Studien ergeben, dass es keine Stromlücke gibt. Dann gibt es die Studie von dena, bei der sich Herr Kohler, der Chef der dena, dagegen verwahrt, dass diese Studie in dem Sinne herangezogen wird, er hätte eine Stromlücke festgestellt. Ferner gibt es die Studie des Bundeswirtschaftsministers aus diesem Jahr, aus der klar hervorgeht, dass es keine Stromlücke gibt. Die Studie des Umweltbundesamtes bringt ebenfalls zum Ausdruck, dass es keine Stromlücke gibt. Frau Kopp und Herr Pfeiffer, den Jahresbericht der Bundesnetzagentur hätten Sie vor unserem Treffen vor ein paar Wochen lesen müssen. Auch in diesem steht, dass es keine Stromlücke gibt. Sie hätten sich doch auf die Sitzung vorbereiten und das lesen müssen. Dann hätten Sie nicht wieder das Gegenteil behauptet. Ich erwarte, dass Sie das wenigstens lesen, bevor Sie sagen, dass Sie keine ideologischen Debatten wollen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Wir müssen die erneuerbaren Energien noch verstärkter einführen. Wir haben einen sehr großen Erfolg im Bereich Strom zu verzeichnen: 14,2 Prozent. Im vergangenen Jahr sind fast drei Prozentpunkte hinzugekommen. Wenn übrigens die Geschwindigkeit des letzten Jahres eingehalten würde, dann hätten wir im Jahr 2010 eine so große Strommenge aus erneuerbaren Energien, wie es die zuvor zitierte Studie des Wirtschaftsministers für das Jahr 2020 einschätzt und zudem davon spricht, dass es keine Stromlücke gibt. Wir haben dann aber immer noch zehn Jahre der Einführung vor uns, in denen wir einen Anteil erneuerbarer Energien von 30 Prozent, 40 Prozent bzw. 45 Prozent erreichen können.

Nicht so gut sind wir im Bereich Wärme; nicht so gut sind wir im Bereich der Kraftstoffe. In diesem Bereich müssen wir noch einiges tun, um es allen Menschen zu ermöglichen, zu investieren. Ich finde es gut, dass wir im Bereich des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes so weit gekommen sind, dass wir zwar nur für die Altbauten Vorschriften gemacht haben, für Neubauten aber eine starke Förderung von 500 Millionen Euro pro Jahr bis zum Jahr 2012 festgelegt haben. Die energiepolitischen Papiere sagen, dass diese Programme bis mindestens 2015 so weiterlaufen sollen.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

(C)

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Pfeiffer? Herr Kollege Hill hat sich außerdem gemeldet.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Das ist rücksichtslos gegenüber den Nachfolgern!)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Sowohl Koalition als auch Opposition sind herzlich willkommen.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Dann hat zunächst Herr Kollege Dr. Pfeiffer das Wort.

**Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):**

Lieber Herr Kelber, ich bin etwas erstaunt über Ihre Zitierung der Gutachten. Sie haben beispielsweise Herrn Kohler zitiert. Ich bin Vorsitzender des Beirates für Energie der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, Frau Kollegin Kopp ist dort stellvertretende Vorsitzende. Wir hatten kürzlich Herrn Kohler zu diesem Thema zu Gast, der uns anhand eines Power-Point-Vortrages basierend auf dieser Studie dargelegt hat, dass es eine Stromlücke geben wird, wenn wir die Dinge nicht ändern.

Insofern bin ich etwas verwirrt über diese Aussage. Meine Informationen sind in der Tat differenzierter. Ich glaube, da müssen wir ein bisschen nacharbeiten. Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Kohler richtig zitieren.

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

(D)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Pfeiffer, zwei Dinge: Erstens möchte ich allen Zuhörerinnen und Zuhörern empfehlen, eine Website aufzurufen, auf der etwas über die Gesellschaft nachzulesen ist, in deren Beirat Sie sind. Dann werden sie sehen, dass sie nicht so ganz pluralistisch aufgestellt ist und nicht die ganze Bandbreite der Diskussion abgedeckt wird.

Zweitens zurück zu den Themen Herr Kohler, dena und Studie. Wenn Sie die Begriffe „Kohler“, „Stromlücke“ und „dena“ bei Google oder bei einer anderen Suchmaschine eingeben, dann werden Sie die Stellen sehr schnell finden. Herr Kohler hat ganz klar gesagt: Daraus eine Stromlücke per se abzuleiten, ist falsch. Er hat gesagt: Es gibt dann eine Stromlücke, wenn wir keine neuen Kraftwerke mehr in diesem Land bauen.

(Zuruf von der FDP: Das klingt wohl ein bisschen anders!)

Das ist eine Binsenweisheit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch logisch!)

Wenn in den nächsten zwölf Jahren kein abgeschaltetes Kraftwerk durch ein neues ersetzt wird, dann entsteht ein Defizit. Frau Kopp hingegen hat versucht, zu erzählen: Wenn keine Atomkraftwerke mehr weiterbetrieben

Ulrich Kelber

- (A) werden, dann entsteht eine Stromlücke. Herr Kohler sagt hierzu, dass dies eindeutig falsch ist.

(Beifall bei der SPD – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! Das hat er mir auch gesagt!)

Er weist in der Studie nach: Atomausstieg plus Neubau von ausfallenden Kraftwerken gewährt einen vollen Ersatz. Es gibt keine Stromlücke. Wir können ihn gern zur nächsten Sitzung des Umwelt- oder des Wirtschaftsausschusses einladen. Dann wird er Ihnen sagen, dass genau das darin steht.

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

Jetzt stellt Herr Kollege Hill seine Frage. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich ab jetzt so verfahren werde, wie es der Präsident bereits beim ersten Tagesordnungspunkt getan hat, dass ich restriktiv bei denjenigen das Fragerecht ein Stück weit einschränken werde, die schon geredet und sich in die Debatte eingemischt haben. Hierzu haben wir heute Morgen eine Verabredung getroffen.

#### Hans-Kurt Hill (DIE LINKE):

- Herr Kelber, ich erwarte von Ihnen eine Aussage zu einem Artikel, den ich heute in der *Saarbrücker Zeitung* gelesen habe. Dort wird berichtet, Mieter sollen Heizkosten kürzen dürfen. Dabei geht Herr Gabriel mit seinem Kollegen Glos ein bisschen strenger ins Gericht. Wenn ich diese Forderung als Überschrift lese – ich gehe davon aus, dass dies zitierfähig ist –, dann stellt sich für mich die Frage, ob vor der Heizperiode damit zu rechnen ist.
- (B)

#### Ulrich Kelber (SPD):

Da die *Saarbrücker Zeitung* leider, obwohl meine Frau in dieser Stadt geboren worden ist, nicht zu meiner täglichen Lektüre gehört, kenne ich den Artikel nicht exakt. Aber das, was Sie zitieren, hat Sigmar Gabriel nicht das erste Mal gesagt. Übrigens, auch ich habe mich mehrfach dafür ausgesprochen. Deswegen habe ich gerade gesagt: Wir sollten darüber gemeinsam diskutieren.

Ich bin der Meinung, dass auch für den **Altbaubestand** eine Energieeinsparverordnung gelten muss. Wir haben ja heute bereits zwei Vorschriften: Die oberste Geschossfläche muss gedämmt werden, und bestimmte alte Heizungssysteme müssen ausgetauscht werden. Ich bin der Meinung, dass wir Stück für Stück – aber nie so wie beim Neubau – zusätzliche Vorschriften einführen müssen. Für den Fall, dass Vermieterinnen und Vermieter trotz aller Förderung diesen Vorschriften nicht nachkommen, bin ich der Meinung, dass die Mieterinnen und Mieter ihre Heizkosten auf das maximale Niveau, das bei Einhaltung der Vorschriften bestünde, kappen können. Dafür setze ich mich ein – sowohl innerhalb der eigenen Partei, in der es sehr viele gibt, die das unterstützen, als auch innerhalb der Koalition, wobei vom Koalitionspartner schon angekündigt wurde, dies nicht mitzutragen. Sie kennen das ja aus Koalitionen, in denen Sie beteiligt sind – sei es in Berlin mit der SPD, sei es in

anderen ostdeutschen Städten mit der CDU –: Auch dort dürfen Sie nicht all das, was Sie sich vorgenommen haben, in den Stadtrat einbringen. (C)

Ich hatte schon davon gesprochen, dass soziale Härten abgefedert werden müssen. Ein Beispiel ist erwähnt worden: das **Wohngeld**. 800 000 Haushalte werden davon profitieren, dass in diese Pauschale ein Heizkostenelement eingerechnet worden ist; Herr Obermeier hat schon darauf hingewiesen, um wie viel die entsprechenden Zahlen steigen. Das ist ein hoher Anstieg für den durchschnittlichen Haushalt. Dieses Geld wird Anfang des Jahres 2009 fließen. Genau dann, wenn aufgrund der im Vergleich zu den vorherigen Wintern deutlich gestiegenen Heizkosten eine hohe Nachforderung auf viele Mieterinnen- und Mieterhaushalte zukommt, aber auch viele höhere Nachzahlungen von ihrem Gasversorger für die Heizung in ihrem Einfamilienhaus erhalten werden, werden 800 000 Haushalte zusätzliches Geld in der Hand haben, um diese Nachforderung zu bezahlen.

Wir werden die Mobilität sichern müssen. Deswegen muss der Bund zusammen mit den Ländern und Kommunen den **ÖPNV-Ausbau** angehen. Wer sich die Situation in den Kommunen anschaut, weiß: Der ÖPNV ist in den letzten Jahren nicht zurückgebaut worden, aber die Defizite sind verringert worden. Aus dieser Kraft heraus, dass der ÖPNV eine wesentlich bessere Deckung seiner Ausgaben über seine Einnahmen erzielt, muss es jetzt ein Ausbauprogramm geben.

Als letzten Punkt spreche ich die **Effizienztarife** an. Ich danke dem Kollegen von den Grünen, dass er noch einmal darauf verwiesen hat, dass die SPD in 2007 und 2008 die erste Partei war, die darüber gesprochen hat. Aber es ging nie um einen Sozialtarif; es ging immer um einen sozialen Effizienztarif. Wir haben heute in Deutschland die Situation, dass die Kilowattstunde Strom umso teurer ist, umso weniger ich verbrauche. Das muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden – sei es freiwillig, sei es gesetzlich. (D)

Sozialtarife sind falsch. Wir haben nichts zu verschenken, auch nicht Strom. Aber wir müssen die Dinge so gestalten, dass wir erstens einen fairen Wettbewerb haben. Das fehlt mir manchmal. Ich möchte nicht, dass die Stadtwerke gezwungen sind, soziale Effizienztarife anzubieten, und die Eon-Tochter die lukrativen Kunden übernehmen kann. Dies muss zweitens natürlich pro Kopf ausgestaltet sein; denn ich will keine Bevorteilung des Singles gegenüber der Familie. Das kann man tun, ohne bürokratische Hürden aufzurichten. Dann haben wir etwas erreicht, was allen hilft. Wir haben die Chance der Atempause genutzt, indem wir uns auf in Zukunft wieder steigende Energiepreise vorbereitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Kopp das Wort.

(A) **Gudrun Kopp (FDP):**

Vielen Dank. – Herr Kollege Kelber, wir sollten uns nicht gegenseitig vorwerfen, bestimmte Gutachten gelesen oder nicht gelesen zu haben. Ich glaube, das ist unter Niveau.

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Ich danke dem Kollegen Pfeiffer sehr herzlich für die Richtigstellung. Ich habe die Ausführungen von Herrn Kohler zu seinem Gutachten, das übrigens von der Bundesregierung bei ihm in Auftrag gegeben wurde,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Aha!)

zweimal gehört. Er hat gesagt: Wenn es dabei bleibt, dass der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen wird, und wenn wir beim Neubau von konventionellen Kraftwerken nicht nennenswert weiterkommen – er hat nicht gesagt: „wenn keine weiteren neuen gebaut werden“, sondern: „wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden, wie es eigentlich nötig wäre; leider sind es meist Kohlekraftwerke, aber so ist es“ – und wenn wir beim Netzausbau nicht vorankommen, dann haben wir ein Problem, und dann ist die Stromlücke eine reale Gefahr, die wir sehen müssen. Da hat es überhaupt keinen Zweck, das vertuschen zu wollen.

Sie haben zwar eben etwas differenzierter in Ihrer Antwort auf eine Nachfrage argumentiert. Aber ich bitte Sie wirklich, mit solcherlei Totschlagargumenten wie „nicht gelesen“, „nicht zur Kenntnis genommen“ vorsichtiger zu sein. Die Fakten sind andere. Die werden Sie auch durch Verdrängung nicht umdrehen. Ich bitte Sie, das einfach zur Kenntnis zu nehmen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Kelber, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Sie haben mehrere Sachen miteinander vermischt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das haben Sie die ganze Zeit gemacht!)

Das eine war die Aussage, dass Sie als Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur eigentlich die Pflicht gehabt hätten, den Entwurf des Jahresberichts der Bundesnetzagentur zu lesen, in dem steht: Die Versorgung in Deutschland ist gesichert.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wie kommen Sie zu der Unterstellung, dass sie das nicht gelesen hat? Das ist eine Frechheit!)

Die Bundesnetzagentur ist die staatliche Einrichtung. Die andere ist die Deutsche Energie-Agentur. Sie wissen, dass die dena-Studie nicht von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, sondern von anderen. Herr Kohler hat auf Nachfrage mehrfach gesagt: Deutschland kann die Versorgung mit einem Ausstieg aus der Atomenergie dann sicherstellen, wenn es nicht einen organisierten politischen Widerstand gegen den Neubau der damit verbundenen Ersatzkraftwerke für ausscheidende Kohlekraftwerke gibt. Er hat nicht gesagt – das ist ein

ganz wichtiger Punkt –, dass es Ersatzkohlekraftwerke für ausscheidende Atomkraftwerke geben muss, sondern, dass die ausscheidenden Kohlekraftwerke ersetzt werden müssen, sei es durch Kohle-, sei es durch Gas-kraftwerke. (C)

(Gudrun Kopp [FDP]: Die müssen ersetzt werden! Genau!)

In diesem Abschnitt des Gutachtens steht ganz klar: Wenn man beides macht, die Atomkraftwerke abschaltet und alle fossilen Kraftwerke, die ausscheiden, nicht ersetzt, dann sieht er keine gesicherte Versorgung,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Also Strom-lücke!)

und damit ist er auf der Linie der SPD-Bundestagsfraktion.

Sie können nicht erst über Atomenergie sprechen – danach setzen Sie vielleicht für sich ein geistiges Komma – und anschließend über eine Stromlücke, womit Sie beides in einen Zusammenhang stellen.

(Gudrun Kopp [FDP]: Mein geistiges Komma muss Sie nicht interessieren!)

Dieser Zusammenhang ist falsch. Das ist unfair. Die Aussage von Herrn Kohler, die Sie zitiert haben, haben Sie entweder nicht richtig verstanden oder hier unrichtig dargestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Es hat keinen Sinn!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Nun hat der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die Unionsfraktion das Wort. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich einleitend sage: Die Kollegin Höhn hat recht mit ihrer Problembeschreibung, dass wir mittlerweile bis in die Mittelschicht hinein ein Einkommensproblem haben. Deshalb sagen wir: Im Zentrum unserer Politik muss die Frage stehen, wie die Leute in diesem Land wieder zu einem **höheren Nettoeinkommen** kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der Linken, dieses Problem kann man nicht durch billigen oder, wie ein Kollege gesagt hat, „aufgewärmten“ Populismus lösen. Der Kollege Pfeiffer hat das anschaulich mit dem Satz „Freibier für alle!“ beschrieben. Wenn es das wenigstens wäre, hätte ich als Bayer eine gewisse Sympathie dafür. Sie sagen aber nur: Freibier für unsere Klientel!

(Hans-Kurt Hill [DIE LINKE]: Wir haben überhaupt kein Geld für Bier!)

Das ist die Problematik, über die wir hier reden. Sozialtarife beim Strom; warum nicht auch Sozialtarife für den